

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau, Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank: Bad Schandau 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 55 527



Lageszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleingiechhübel, Kleinbennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postwitz, Proßen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Joh. Walter Hiele Verantwortlich: R. Rohlfapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 15 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Kernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Preise und Materialsteuern behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Abbestellern einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 44

Bad Schandau, Dienstag, den 22. Februar 1927

71. Jahrg.

## Für eilige Leser.

Wie aus Arzweiler (Elsch) gemeldet wird, fuhr ein Zug im Tunnel auf eine Arbeiterkolonne. 4 Arbeiter wurden glücklich kimmelt.

Nach einer Morgenmeldung aus Bukarest gilt die rumänische Anleihe in Deutschland als abgeschlossen. Sie beläuft sich auf 200 Millionen Goldmark; davon werden 40 Millionen bar bezahlt, der Rest in Lieferungen. Die Zinsen sind auf 5% festgesetzt.

Der deutsche Lloyd-Dampfer „Columbus“, der von einer Bergungsfahrt nach Westindien zurückkehrte, geriet vor der Einahrt zum Hafen von New York infolge des Fehlens einer Boje, e von dem letzten Sturm fortgerissen worden war, auf Grund des Schiffs konnte von drei Schleppern völlig unbeschädigt wieder eigemacht werden.

In Brüssel ist gestern der internationale Verband der Völkerbund und einer Tagung zusammengetreten, an der deutscherseits Präsident Junghans teilnimmt. Die Tagung beschloß, die nächste Vollversammlung Ende Mai in Berlin abzuhalten.

## Völkerbundstagung und Saargebiet.

Von Dr. Kurt Hüttebräuder, Saarbrücken.  
Die bevorstehende Frühjahrsstagung des Völkerbundes ist für das Saargebiet von ganz besonderer Bedeutung; steht doch wiederum, wie alljährlich, die Frage der Neuwahl der Regierungskommission auf der Tagesordnung. Von der Art und Weise der Zusammenkunft dieser Regierung hängt es in hohem Maße ab, welche Politik im Saargebiet getrieben wird. Wie lagen in dieser Hinsicht die Verhältnisse bisher? Innerhalb der Saargebietes konnte man deutlich zwei Gruppen unterscheiden: auf der einen Seite der Präsident, der Kanadier Stegess, und der Saarländer Rohmann, die beide das Bestreben haben, das Saargebiet in neutralem Sinne zu verwalten auf den saarländischen Interessen Rechnung zu tragen. Aber auf der anderen Seite der Franzose Morize, der Belgier Lambert Mehyer, die Sowjeten, die sozusagen einen frankophilen Frontenblock im Saargebiet bilden, die also in erster Linie die Interessen der Saarbevölkerung im Auge haben.

Jedoch bei allen Abstimmungen innerhalb der Regierungskommission Stimmenvorherrschend, ist bisher in den entscheidenden Fragen von grundsätzlicher Bedeutung das Verhältnis 3:2 zu Ungunsten der Saarbevölkerung geblieben. Nach wie vor ist daher die Lage an der Saar so, daß die französische Verwaltung ungehindert für ihre Kohlen ohne Abgabe der 40 Prozent über Weltmarktpreisen liegen, Industrie die Saargebietes dagegen einschreitet, mag auch die im Saargebiet dabei zugrunde gehen. Nach wie vor kann man unerbittlich eine rücksichtslose Steuerpolitik treiben, die bei der Begünstigung der französischen Verwaltung und der Industrie der französischen Kapitalistenkreise namentlich in der der den ganzen Steuerlasten dem deutschen Kapital und der Arbeitnehmerschaft aufbürdet.

Die Zeit, daß hier ein grundsätzlicher Systemwechsel eintritt, das kann nur dadurch geschehen, daß endgültig mit der Mehrheitsherrschaft an der Saar gebrochen wird. Die Regierungskommission ist jetzt auf der Frühjahrsstagung des Völkerbundes abzuwählen. Wenn es sich zunächst um die Ernennung eines nur für das Jahr 1927/28 handelt, so kann entweder der Präsident des Kanadiers Stephens um ein weiteres Jahr verlängert werden, oder aber der Saarländer Rohmann muß Präsident werden. Es ist kaum anzunehmen, daß der Völkerbund die Präsidentenwürde einem der Mitglieder des frankophilen Frontenblocks antragen wird; eine derartige Provoheutigung der Saarbevölkerung wird sich der Völkerbund unter den Umständen kaum mehr leisten können.

Die Ernennung der übrigen Regierungsglieder angeht, so ist beim Völkerbund der Brauch herausgebildet, die Mandate der einzelnen Mitglieder von Jahr zu Jahr zu verlängern. Unzweifelhaft ist es aber, daß das Mandat des Belgiers Lambert Mehyer einmal verlängert wird. Lambert ist im Jahre 1920 von der durchaus deutschfeindlich eingestellten Regierung ins Saargebiet entsandt worden; als Konservativist fehlt ihm heute aber jede Fühlung mit seiner Heimatregion. In aus dem Jahre seiner Amtszeit im Saargebiet hat Lambert daher mit der deutschen Bevölkerung keinen Hohl gemacht und praktisch um seinen Kräfte die französische Annektionspolitik im Saargebiet. Sieben Jahre ist Lambert jetzt bereits im Saargebiet und noch immer versteht er kein Wort deutsch, trotzdem die französische Sprache die Amtssprache des Saargebietes ist. Wie kann ein Mann ein Land verwalten, dessen Sprache er noch nicht einmal versteht?

Erreicht werden muß, ist, daß an Lamberts Stelle ein wirklicher Vertreter seinen Einzug in die Saargebietes erhält. Dann ist die frankophile Mehrheit an der Saar endgültig beseitigt; dann wird man auch damit rechnen können, daß die Verwaltung des Saargebietes endlich in anderem Sinn erfolgt. Dann kann man weiter erwarten können, daß die Saarbevölkerung in dem Kampf um ihre Befreiung auch bei der eigenen Regierung die nötige Unterstützung finden wird. Des Weiteren wird sich der Völkerbund wieder mit der leidigen Truppe der Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet befassen. Die Angelegenheit französischer Truppen im Saargebiet ist, hat sich die Rechtslage durchaus klar ist, hat sich der Völkerbund bisher nicht entschließen können, hier zu sprechen. Viermal stand diese Frage im Vor-

jahre zur Verhandlung und jedes Mal ist sie vertagt worden. Es handelt sich hier letzten Endes um einen Machtkampf, bei dem auf der einen Seite das Recht und auf der anderen Seite die Machtbestrebungen der französischen Generalität stehen.

Auch nachdem der Völkerbund sich grundsätzlich für die Zurückziehung des Militärs ausgesprochen hat, will das französische Militär das Saargebiet als Aufmarschgebiet nicht verlieren. Man bedenke, daß die französische Militärbehörde in Saarbrücken nicht weniger als 48 und in Saarlouis 12 größere Gebäude mit Beschlag belegt hat, die zum großen Teile leer stehen! Unter Bezugnahme auf die große Wohnungsnot ist immer wieder die Freigabe wenigstens der leer stehenden Gebäude für Wohnungszwecke verlangt worden, ohne daß man diesen berechtigten Wünschen auch nur in etwas Rechnung getragen hätte.

Wenn auf Grund des Ratsbeschlusses die Stellung des französischen Militärs im Saargebiet auch unhaltbar geworden ist, so hat man auf dem Umwege über einen sog. völlig überflüssigen Eisenbahnschutz den Versuch gemacht, wenigstens eine „zweite Truppe“ im Saargebiet zu behalten. Noch in letzter Stunde hat die Saardelegation auf der letzten Tagung verhindert, daß dieser französische Vorschlag zum Beschluß erhoben wurde. Denn das

hätte die Verewigung des heutigen rechtswidrigen Zustandes bedeutet, nur mit dem Unterschied, daß das Militär dann in Zivilkleidern herumgelaufen wäre. Die Vertagung dieser Frage war in diesem Falle das kleinere Übel. Gleichzeitig aber wurde der Regierungskommission aufgegeben, für einen schrittweisen Abbau des französischen Militärs Sorge zu tragen. Bis heute aber ist in dieser Angelegenheit noch nichts geschehen. Also die Regierungskommission hat wieder einmal einen Beschluß des Völkerbundes sabotiert!

Es ist aber dringend notwendig, daß auf der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes in dieser Frage endlich einmal ganz Arbeit gemacht wird. Maßgebend sein muß dabei der klare und eindeutige Text des Friedensvertrages: Danach darf kein französisches Militär sich im Saargebiet aufhalten, und das Saargebiet darf auch nicht mehr französisches Aufmarschgebiet bleiben. Die französischen Truppen müssen daher zurückgezogen und die Kasernen endgültig freigegeben werden. Tugend einen Ersatz für das Militär in Form eines sog. Wahnstutzes darf es auch nicht geben; denn auf Grund des Friedensvertrages steht dem französischen Militär nicht das Durchzugsrecht durch das Saargebiet zu.

## Zuspitzung der Lage in China.

### Die Unterzeichnung des Sanktauabkommens.

Der Generalstreik in Schanghai.

Das Sanktauabkommen unterzeichnet worden. Über seinen Inhalt verläutet, daß bis zum 15. März die Polizeigewalt und die Leitung der öffentlichen Arbeiten in der Konzession in den Händen der jetzigen chinesischen Behörden bleiben sollen. Am 15. März soll auf der allgemeinen Jahresversammlung der Steuerzahler der Konzession die Auflösung der alten britischen Verwaltung ausgesprochen und die Verwaltung einer neuen Körperschaft übertragen werden, die von der nationalistischen Regierung nach dem Vorbild der Einrichtungen in den unter besonderer Verwaltung stehenden Bezirken gebildet werden wird. Ein entsprechendes Abkommen soll dieser Tage für die britische Konzession in Kiangtong abgeschlossen werden.

Inzwischen nimmt der Generalstreik in Schanghai immer größeren Umfang an. Die Berichte widersprechen sich; sie melden von 125 000 bis 250 000 Streikenden in der Stadt, wo der Generalstreik den Boden für den Einmarsch der kantonesischen Truppen vorbereiten soll. Die Tramway, die Baumwollspinnereien, die Post, die Elektrizitäts- und Wasserversorgung der Chinesenstadt, die Presse, die amerikanischen und englischen Zigarettenfabriken, der Hafenbetrieb und einige große chinesische Warenhäuser sind von dem Streik betroffen. Eine Meldung des „Daily Telegraph“ spricht von einer Verschärfung der Streiklage. Trotzdem scheint es bis jetzt ziemlich ruhig zugegangen zu sein. Auch die Fremdenviertel blieben bisher unbehelligt.

In Sanktau trifft die englische Regierung Vorsichtsmaßnahmen für den Fall einer neuen Streikbewegung. Die englischen Truppen in Schanghai werden in den Kasernen zurückgehalten, um jederzeit geschlossen eingreifen zu können. Man nimmt an, daß eine Zusammenarbeit der japanischen, französischen, italienischen, amerikanischen und englischen Streitkräfte für den Notfall schon vorbereitet ist. Auf die Schwierigkeit einer Verteidigung der internationalen Siedlung Schanghai weist der „Observer“ hin, der ausführt, England müsse sich in jedem Falle auf die internationale Siedlung beschränken, denn ein etwaiger Einmarsch englischer Infanterie in die Chinesenstadt und ebenso eine Beschließung durch die im Hafen liegende Flotte würde einen offenen Krieg gegen China bedeuten.

Regelung über die Konzession von Kiangtong.

Schanghai. In dem zwischen dem britischen Unterhändler D. Malley und dem Minister des Äußeren von Kanton abgeschlossenen Abkommen ist hinsichtlich der Konzession von Kiangtong, für die im allgemeinen die gleiche Regelung wie für die Konzession von Sanktau festgesetzt worden ist, außerdem vorgesehen, daß, wenn es sich erweisen sollte, daß die bei dem kürzlichen Unruhen in Kiangtong eingetretenen Verluste unmittelbar auf die Tätigkeit der nationalistischen Regierungsgenossen oder auf die schuldhafteste Nachlässigkeit der Agenten zurückzuführen sind, die nationalistische Regierung Entschädigungen für diese Verluste zu leisten verspricht.

### 1200 Hinrichtungen in Schanghai an einem Tag.

Der chinesische Verteidigungskommissar in Schanghai hat an einem Tage 1200 südchinesische Agitatoren, die mit Flugblättern

in der Hand gefaßt wurden, ohne jedes Verfahren hinrichten lassen. Die Leichen liegen auf den Straßen umher. Die Köpfe wurden auf Karren geladen und durch die Straßen der Stadt gefahren.

### Chamberlain über die Lage in China.

London, 21. Februar. Im Unterhaus gab heute Chamberlain seine mit Spannung erwartete Erklärung über das am Sonnabend zustandgekommene Sanktauabkommen ab. Der Minister erklärte, daß er nunmehr von dem britischen Unterhändler in Sanktau die Bedingungen erfahren haben, welche die Kantongregierung für die britischen Konzessionen in Sanktau und Kiangtong anwenden werde. Danach sei die Garantie gegeben, daß die britischen Interessen keine unterschiedliche Behandlung mehr erfahren würden und daß die Chinesen bei der Aenderung der Konzessionsverwaltungen keine Gewalt anwenden würden. Chamberlain wies sodann darauf hin, daß er den britischen Unterhändler in Sanktau beauftragt habe, dem kantonesischen Außenminister zu erklären, daß sich die britische Regierung für die Verwendung der britischen Truppen in Schanghai alle Rechte vorbehalten müsse. An den Schutz des britischen Lebens und Eigentums in China zu denken, bleibe die oberste Pflicht der britischen Regierung nach wie vor. Die britische Regierung behalte sich auch vor, mit allen anderen chinesischen Behörden, die wirklich für ihr Gebiet Autorität besäßen, in Verhandlungen zu treten. Chamberlain betonte ferner, daß sich die Kantongregierung trotz seiner Unterhauserklärung vom 10. Februar über die Frage der Landungstruppen bereit erklärt habe, weiter zu verhandeln. Sie habe auch zugestimmt, daß das Sanktauabkommen nicht auf die übrigen britischen Konzessionen in China übertragen werden dürfe.

Nach der Ministererklärung gab der Arbeiterpartei Clynnes seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Regierung den chinesischen Konflikt im Verhandlungswege beizulegen hoffe.

Auch Lloyd Georges begrüßte die Regierung zu dem Abschluß des Abkommens von Sanktau. Auf seine Frage, ob England auch mit der Pekingregierung verhandele, erwiderte Chamberlain, daß der britische Gesandte in Peking mit der Zentralregierung in Verhandlungen stehe, daß sich England aber das Recht vorbehalte, allein mit der jeweiligen de facto-Regierung ein Abkommen abzuschließen. Die Zukunft Schanghai könne nur in Übereinstimmung mit anderen an Schanghai interessierten Vertragsstaaten geregelt werden. Zur allgemeinen Lage in China übergehend, erklärte Chamberlain, daß General Santschuanfang 55 Kilometer vor Schanghai eine neue Verteidigungslinie bezogen habe. Auf eine Anfrage erwiderte der Außenminister noch, daß die Stadtverwaltung in Sanktau aus Chinesen und Briten bestehen werde.

### Ein 100-Millionen-Kredit für verstärkte produktive Erwerbslosenfürsorge.

Berlin. Das preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur verstärkten Förderung von Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge überwiesen, wonach dem Staatsministerium ein Betrag von 100 Millionen Mark für die genannten Zwecke zur Verfügung gestellt werden soll. Der Finanzminister soll prüfen, inwieweit die erforderlichen Mittel nach ihrer Beschaffung im Wege des Kredits zu beschaffen seien.